

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Geschlechterpolitik zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Die Delegierten* zur 52. Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen stimmten am 12. Oktober 2019 nach mehrstündiger Diskussion in Leipzig für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit CDU und SPD in Sachsen. Mit 103 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen kamen sie dem Antrag des Landesvorstandes und des Landesparteirates vom 5. Oktober 2019 nach.

Als Landesarbeitsgemeinschaft Geschlechterpolitik von Bündnis 90/Die Grünen begrüßen wir die Entscheidung der sächsischen Delegierten zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und SPD. Das Sondierungspapier bietet für uns einen ersten Auftakt für weiterführende Verhandlungen mit CDU und SPD zur Förderung der Geschlechter und zur Entwicklung einer echten Akzeptanz von Vielfalt in Sachsen.

„Dabei ist jedoch klar, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Es kommen schwierige Verhandlungen auf uns zu, in denen wir Grünen uns als Zugpferd der Geschlechterförderung und Anerkennung vielfältiger Lebensmodelle verstehen“, so Billy Berge-Kolb, einer der beiden LAG-Sprecher*innen. Und weiter: *„Die Evaluation und Weiterentwicklung des Landesaktionsplan Vielfalt ist uns ein Herzensanliegen. Die bisherigen Maßnahmen des Landesaktionsplanes reichen bei Weitem nicht aus und sind zudem längst nicht in jedem Bereich voll umgesetzt. Da muss definitiv nochmal nachjustiert werden.“* Initiativen und Vereine, die sich für Aufklärung und Beratung einsetzen, benötigen eine zuverlässige und ausreichende Unterstützung. *„In der Auswertung der bisher vereinbarten Maßnahmen des Landesaktionsplans wird außerdem deutlich, dass Polizei und Justiz in Sachsen bisher unzureichend für die Bekämpfung der Hasskriminalität gegenüber LSBT*IQ (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*-Personen, Intersexuellen und queeren Menschen) geschult sind. Opferschutz und -beratung müssen weiter ausgebaut und Polizei sowie Justiz besser für die Belange anderer Lebens- und Liebesformen sensibilisiert werden“,* legt Billy Berge-Kolb nach. Die, vom Freistaat bereits

unterzeichnete, Charta der Vielfalt muss in allen Bereichen konsequent eingehalten werden. Sachsen profitiert auch in Zukunft von einem vorurteilsfreien Miteinander, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Weltanschauung. Im Koalitionsvertrag muss daher die Akzeptanz aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen in Sachsen klar formuliert sein. Die notwendigen Schritte dahin müssen in einem Antidiskriminierungsgesetz festgelegt werden.

Doch auch in Fragen der Geschlechterförderung kann das Sondierungspapier nur ein Anfang sein. Magdalena Jehle, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft dazu: *„Wir sehen das Vorhaben, zeitnah ein modernes Gleichstellungsgesetz zu schaffen, positiv und werden den Prozess kritisch begleiten. Dennoch darf es nicht nur bei der Reform des viel zu schwachen Frauenförderungsgesetzes bleiben.“* Wir erwarten in den kommenden Koalitionsverhandlungen genauere Formulierungen zur weiteren Schaffung von Schutzräumen für Frauen* - insbesondere auf dem Land. Magdalena Jehle dazu: *„In unserem Wahlprogramm fordern wir deshalb eine landesweite Koordination für Gewaltschutz. Wir Grünen fordern deswegen einen flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau und die Vernetzung von Schutzhäusern.“* Gewaltschutz muss nach den Maßgaben der Istanbul-Konvention eine Pflichtaufgabe werden. Initiativen, Vereine und Beratungsstellen, die sich für Aufklärung und Beratung einsetzen, benötigen zudem eine dauerhafte und ausreichende Unterstützung. Strukturen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt müssen in Sachsen aufgebaut werden. Auch konkretere Ausführungen zu Vorhaben zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Sachsen werden wir genau beobachten. *„Die Umsetzung einer geschlechtergerechten Sprache ist längst überfällig und ein erster Erfolg grüner Beteiligung“,* so Magdalena Jehle. *„Jedoch kann dies, mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu intergeschlechtlichen Menschen, nur der erste Schritt sein.“*

Trotz der unterschiedlichen Auffassungen und den uns bevorstehenden harten Verhandlungen sehen wir die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und SPD als sehr bedeutend für die Entwicklung des Freistaates an. Eine grüne Regierungsbeteiligung ermöglicht sowohl der Queercommunity als auch Frauen* mehr politischen Rückhalt und bietet einen verlässlichen Ansprechpartner

innerhalb der sächsischen Staatskanzlei. Als LAG werden wir die Staatsregierung dabei kritisch-konstruktiv und ausdauernd begleiten.

